



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD-Fraktion: 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Die schwarzgelbe Landesregierung muss alle Kräfte bündeln, um ein inklusives NRW zu schaffen!

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 22.02.2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

vor fast zehn Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten. Vieles haben wir in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen seitdem bewirkt.

Leider wurde nicht jede gut gemeinte Idee auch gut umgesetzt. Aus der Schaffung gleicher Chancen wurde schnell Gleichmacherei. Die in NRW völlig an der Lebenswirklichkeit vorbeigeplante schulische Inklusion ist ein mahnendes Beispiel, wie es nicht geht. Keine ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung der Schulen; überforderte Eltern, Lehrer und Schüler. Inklusion stand nicht mehr für eine vielfältige, chancengerechte Gesellschaft sondern für Chaos, Staatsdirigismus und Zwang.

Mit unserer Schulministerin, Yvonne Gebauer, haben wir diese Art von Inklusionspolitik gestoppt. Die NRW-Koalition steht für eine realistische Inklusionspolitik – schulisch und sozial.

Diese Politik verfolgen wir seit der Regierungsübernahme. Selbst nach sieben Jahren rot-grün und zwei Jahren NRW-Koalition sind wir noch nicht am Ziel. Die besonderen Herausforderungen betreffen die Themenfelder Bildung, Arbeit, Wohnen und Mobilität.

Die NRW-Koalition hat die Mittel für öffentlich-geförderten Wohnraum auf 1,1 Mrd. Euro erhöht. Damit stehen auch mehr Mittel für barrierefreies Wohnen zur Verfügung. Wir setzen auf gezielte Förderung und nicht auf starre Quoten für einen Standard, der das Bauen so

erschwert und verteuert, dass am Ende gar keine Wohnungen entstehen oder nur solche, die für die Betroffenen nicht bezahlbar sind.

Die NRW-Koalition wird auch beim Thema Wohnen die Wahlfreiheit für die Betroffenen erhalten. Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden, wo sie leben und wohnen möchten. Deshalb werden wir unterschiedliche Wohnformen unterstützen. Betreutes Wohnen, Wohngruppen und stationäre Einrichtungen stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander.

Beim Thema Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Wir wollen, dass das Budget für Arbeit eigenverantwortlich zur Arbeitsmarktintegration genutzt werden kann. NRW war mit den Budgets der Landschaftsverbände Vorreiter bei der Umsetzung dieses Instruments. Wir werden diese bewährten Budgets und das Budget für Arbeit nach bundesrechtlichen Vorgaben sinnvoll verbinden.

Wir setzen auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wissen aber auch, dass dies nicht immer oder nicht immer sofort möglich ist. Deshalb wollen wir die Wahlfreiheit und damit die Werkstätten erhalten. Werkstätten, die mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes kooperieren und somit einen fließenden Übergang von der Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen, haben für uns Modellcharakter. Das könnte zum Beispiel eine räumliche Zusammenarbeit sein oder eine Aufteilung der Arbeitszeit zwischen Unternehmen und Werkstatt. Daher wollen wir die Werkstätten für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln.

Lassen Sie uns weiter an einer realistischen Inklusionspolitik arbeiten, die den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht wird. Werben wir in unserer täglichen Arbeit bei den Menschen und in den Unternehmen für eine inklusive Gesellschaft. Tragen wir dafür Sorge, dass die Stärken der Menschen besser sichtbar gemacht werden. Inklusion muss sich stets am Menschen orientieren.

Vielen Dank!